

## Wichtiges Signal für beide Seiten

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist zu Besuch in der Ukraine. Und niemand ist erleichterter als das deutsche Staatsoberhaupt selbst. Die Verschiebung der Reise in der vergangenen Woche hat Steinmeier sehr gewürmt. Zum einen will der Bundespräsident das Zeichen aus Deutschland überbringen: „Wir sind nach wie vor an Eurer Seite – und bleiben das auch.“ Sein Besuch kommt in einer für die Ukraine wichtigen Zeit: Nach einer Phase der ukrainischen Erfolge an der Front hat Russland das Land in den vergangenen Wochen noch stärker unter Druck gesetzt. Die Moral der Ukrainer soll gebrochen werden, es fallen wieder Bomben auf ukrainische Städte. Deswegen sind Besuche und Solidaritätsbekundungen derzeit vermutlich noch wichtiger, als sie es zu Beginn des Krieges schon waren. Denn die Unterstützung schwindet in den westlichen Staaten zwar nicht, sie ist aber auch nicht mehr so selbstverständlich wie zu Beginn des Kriegs.

Aber Steinmeiers Reise ist auch eine zu sich selbst: Die zweite Amtszeit ist überschattet von Vorwürfen zu seiner früheren Ukraine-Politik in seiner Funktion als deutscher Außenminister. Die „Steinmeier-Formel“ ist in der Ukraine mittlerweile ein Schimpfwort, sein auf Ausgleich bedachter Kurs mit Russland wird ihm vorgehalten. So sehr, dass er sich im Frühjahr in einem sehr ungewöhnlichen Schritt entschuldigte, Fehler in der Vergangenheit einräumte, während sich der damalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk systematisch an ihm abarbeitete – was für beide Seiten nicht gut war. So gesehen ist das Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj auch die Chance zu einem Neuanfang. Egal wann der Krieg endet: Die Ukraine wird in der deutschen Politik auf Jahre hinaus eine bedeutende Rolle spielen. Besser man spricht mit- als übereinander. Deswegen ist es gut, dass der Kiew-Besuch nun zustande kam.

## Keine Infrastruktur in chinesische Hand

VON ANTJE HÖNING

Deutschland ist ein offenes Land, das für freien Welthandel eintritt und von ihm besonders profitiert. Und natürlich können wir nicht nur Geschäfte mit Demokraten machen. Ohne China wäre die deutsche Volkswirtschaft nicht lebensfähig. Das Land ist für viele Auto- und Maschinenbauer der wichtigste Absatzmarkt. Zugleich sind chinesische Investoren an vielen deutschen Unternehmen beteiligt. Doch Absatzmarkt und private Investitionen sind das eine. Eine andere Frage ist, ob Deutschland es China erlauben sollte, sich an deutscher Infrastruktur zu beteiligen. Einem Land also, das Minderheiten brutal unterdrückt, die eigene Bevölkerung ausspioniert und weitgehende geopolitische Machtansprüche reklamiert. Und da kann die Antwort nur lauten: nein. Aus gutem Grund sperren sich mehrere Bundesminister gegen den Einstieg eines chinesischen Konzerns bei einem Containerterminal in Hamburg. Der Hafen ist ein zentraler Teil der Infrastruktur. Und diese gehört nicht in die Hände eines Konzerns, hinter dem eine Autokratie steckt. Aus gutem Grund hatte der Bund einst auch den Einstieg der Chinesen beim Stromnetzbetreiber 50 Hertz verhindert und kritisch die Aktivitäten des Telekommunikationskonzerns Huawei beäugt. Die Gefahr, dass China seine Geschäfte einmal politisch missbraucht, ist da.

Dass Kanzler Olaf Scholz (SPD) nun einen faulen Kompromiss bei der Höhe der Beteiligung anbietet, ist höchst bedenklich. Die zentrale Lehre aus dem Ukraine-Krieg ist es doch, dass Deutschland sich nie wieder von einem Land so abhängig machen darf. Das gilt erst recht, wenn es sich um undemokratische Staaten wie Russland oder China handelt. Wieder geht Scholz mit dem Kopf durch die Wand. Aus der Sicht eines Hamburger Bürgermeisters mag der Einstieg der Chinesen willkommen sein, ein Kanzler muss größer denken. Scholz hat die Lektion des Krieges nicht gelernt.



DER WINTER STEHT VOR DER TÜR

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** Die kalte Jahreszeit rückt näher. Mit etwas Glück und vor allem milden Temperaturen könnte eine Gasmangellage verhindert werden. Dafür müssen aber auch einige andere Voraussetzungen stimmen.

## Wettlauf mit dem Winter

VON MARTIN KESSLER

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sieht sich gern vor der Lage. „Wir haben bei den Energiepreisen schon vorgesorgt, als noch niemand daran dachte“, sagte er neulich in kleiner Runde. Was damals so wirkte, als sei der deutsche Regierungschef allwissend, könnte sich im ersten Winter der Ukraine-Krise doch als zutreffend erweisen. Deutschland hat gute Chancen, glimpflich durch den Winter zu kommen. Allerdings müssen dazu einige Voraussetzungen erfüllt sein, die nicht ganz selbstverständlich sind. Regierungskunst ist also weiterhin gefragt.

An den Energiemärkten zeichnet sich derzeit eine Entspannung ab. Weil Unternehmen bereits kräftig sparen und die Temperaturen im Oktober mild ausfielen, halbierte sich der Gaspreis in nur einem Monat. Die Terminkontrakte, also der Preis für künftige Gaslieferungen, lagen am vergangenen Montag erstmals unter 100 Euro pro Megawattstunde. Noch Ende August wurde ein Rekordhoch von fast 350 Euro erreicht. Noch steiler ging es beim Strompreis nach unten. An den Strombörsen, die immerhin 20 Prozent des Großhandels abdecken, wurde die Megawattstunde Mitte Oktober noch für mehr als 400 Euro verkauft. Jetzt, am Ende des Monats, liegt der Strompreis in diesem wichtigen Marktsegment ebenfalls deutlich unter 100 Euro. Allerdings schwanken die Strompreise stärker als die Terminpreise für Gas.

Viele Experten sind deshalb zuversichtlich, dass eine Gasmangellage im Winter vermieden werden kann. „Die Risikoprämie ist inzwischen aus dem Gaspreis raus“, sagt Torsten Schmidt, der Konjunkturchef des

RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Die Einrichtung zählt zu den führenden Wirtschaftsinstituten in Deutschland. Dank der guten Zahlen zuletzt haben die Essener ihre Preisprognose für 2023 reduziert. Statt 8,2 Prozent, wie noch beim Herbstgutachten der wichtigsten Institute prognostiziert, werde die Inflation im kommenden Jahr noch 6,5 Prozent betragen. Das ist immer noch hoch, könnte aber die gefährlichen Inflationserwartungen für 2023 brechen. Die gesamte Wirtschaftsleistung Deutschlands wird mit 0,3 Prozent leicht sinken, auch der Konsum geht um 1,6 Prozent zurück. „Eine schwere Rezession sieht anders aus“, sagt Wirtschaftsforscher Schmidt. Einen Einbruch vergleichbar der Finanz- oder Corona-Krise wird es 2023 nicht geben, wenn sich die aktuelle Lage nicht deutlich verschlechtert.

Der entscheidende Faktor wird das Wetter sein. „Bei einem milden Winter reicht es, wenn die Haushalte 20 Prozent beim Gasverbrauch spa-

ren“, schätzt RWI-Forscher Schmidt. Dazu würde eine leichte Absenkung der Raumtemperatur in privaten und öffentlichen Gebäuden reichen. „Die deutschen Unternehmen haben sich in Rekordzeit angepasst“, hat der frühere Leiter Energiewirtschaft des Stromkonzerns RWE, Hans-Wilhelm Schiffer, festgestellt. „Gas wurde durch Öl ersetzt. Es gibt Anlagen, die sowohl mit Gas wie mit Öl betrieben werden können, und dieses Potenzial wird genutzt“, so der Energieexperte, der an der Universität RWTH Aachen lehrt. Damit seien die Hauptersparnisse bereits ausgeschöpft. Viel Luft nach oben gebe es nicht mehr.

Doch beide Gruppen, Haushalte wie Unternehmen, könnten mit den jetzt vorhandenen Energiequellen gerade so hinkommen. Öl und Kohle gibt es zu höheren Preisen an den Weltmärkten. Die schon vollzogenen oder dann möglichen Einsparungen bei Gas dürften ausreichen, um eine Gasmangellage mit staatlichen Zuteilungen zu verhindern. Wichtig ist, dass Bund und Länder

zu einer konsistenten Energiesparpolitik finden. Die Voraussetzungen dafür sind nach dem Hickhack der vergangenen Wochen nicht mehr ganz so gut. So findet etwa die von Berlin geplante Gaspreisbremse, wonach Haushalte und Unternehmen ein bestimmtes Grundbudget zu abgesenkten Preisen erhalten sollen, nur wenig Gnade bei Experten. „Preissubventionen führen nur selten zu gewünschten Anpassungsreaktionen“, erklärt der frühere RWE-Manager Schiffer. „Schließlich sind die Unternehmen oft viel schneller und flexibler als die privaten Haushalte, wenn es darum geht, Energie einzusparen.“ Besser wären Direktzahlungen, an den Verbrauch der Vergangenheit geknüpft.

Auf jeden Fall wird die Rettung des Mittelstands teuer. Denn ob Gaspreisbremse oder Direktzahlungen – die Unternehmen müssen Preissteigerungen ihrer Energielieferungen um ein Mehrfaches abfangen. Eine Weitergabe in den Preisen ihrer Endprodukte ist kaum möglich. Wird die Kostensteigerung nicht abgedeckt, droht vielen Unternehmen die Insolvenz. Hier könnte ein falsches Marktdesign zu unnötigen Firmenaufgaben und Produktionseinbußen führen. Die Rezession wäre tiefer als nötig.

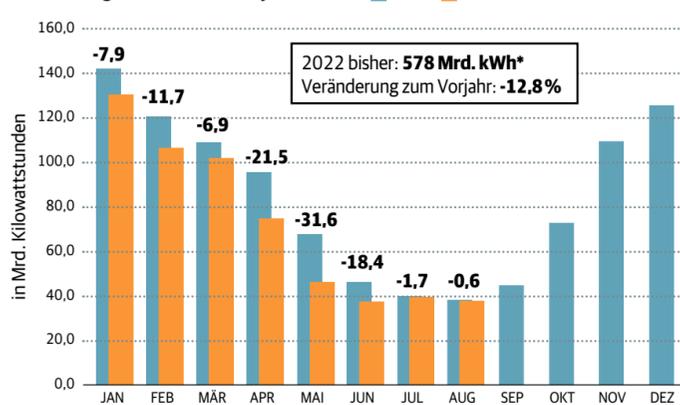
Auch ein kalter Winter könnte zu einer Gasmangellage führen. Nach Berechnungen des RWI könnte eine Kälteperiode, die deutlich länger als ein bis zwei Wochen anhält, den Gasverbrauch der Haushalte wieder signifikant erhöhen. Eine Reduzierung der Gaslieferungen beträfe dann die Unternehmen, die Rezession würde ebenfalls deutlich tiefer als geplant. Die Bereitstellung zusätzlicher Energiequellen – ob Atom, Kohle oder Erneuerbare – läuft auf Hochtouren. Es dürfte bei einem strengen Winter ein Wettlauf mit der Zeit werden.

### „Eine schwere Rezession sieht anders aus“

Torsten Schmidt  
Konjunktur-Chef am RWI

### Monatlicher Erdgasverbrauch in Deutschland

Veränderung in Prozent zum Vorjahresmonat



Verbrauch Januar bis September:  
2020  
597 Mrd. kWh  
2021\*  
662 Mrd. kWh  
2022\*  
578 Mrd. kWh

Verbrauch/Jahr gesamt:  
2020  
965 Mrd. kWh  
2021\*  
1016 Mrd. kWh  
\*vorläufig

QUELLE: BDEW | GRAFIK: FERL

### WISSENSDRANG

Neuerdings wird man angehalten, an mehr als zwei biologische Geschlechter zu glauben. Wer das nicht tut, muss mit dem öffentlichen Pranger rechnen. Das Vergehen: Respektlosigkeit (gegenüber wem eigentlich?) und Unwissenschaftlichkeit. Allerdings hat noch niemand einen Menschen getroffen, der sich mit anderen Keimzellen fortpflanzen kann als männlichen oder weiblichen. Das wäre ein neues Geschlecht. Worauf stützt sich der zelosig verfochtene Glaube an die Vielgeschlechtlichkeit?

Der neue Glaube beruft sich auf einen einzigen „heiligen“ Text: Die Wissenschaftsjournalistin Claire Ainsworth erörtert in der Fachzeitschrift „Nature“ die verschiedenen Kriterien (Chromosomen, Hormone und so weiter), um

### Das Problem der Geschlechterfrage

Die Definition des biologischen Geschlechts ist nicht das, worauf es ankommt.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

das biologische Geschlecht zuzuordnen. Dabei lenkt sie die Aufmerksamkeit auf Uneindeutigkeiten und Zwischenbereiche (Intersexualität): Ein Mensch kann biologisch in einer Hinsicht männlich, in anderer weiblich sein, und etwas dazwischen. Intersexualität ist jedoch kein drittes Geschlecht. Ainsworth bestreitet nicht die biologische Zweigeschlechtlichkeit, wie sie auf Twitter klargestellt hat. Warum fordert man uns dann auf, an „alternative Tatsachen“ zu glauben? Will man damit etwa Solidarität gegenüber Menschen bekunden, die sich nicht mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren? Das wäre jedoch ein Bärendienst gegenüber Transpersonen. Transpersonen wollen wie alle ein gutes Leben führen können und sozial als die Frau oder der

Mann akzeptiert werden, der oder die sie sein wollen. Warum sollten sie von ihren Mitmenschen verlangen, elementarstes biologisches Wissen zu verleugnen? Das gilt auch für Menschen, die zwischen den Geschlechtern oszillieren (Genderfluidität) oder die sozialen Geschlechterrollen loswerden wollen (nicht binäre Personen). Um mit einem nicht konventionellen Selbstverständnis glücklich werden zu können, braucht man Mut, Humor und die wohlwollende Toleranz seiner Mitmenschen. Eine Gehirnwäsche durch die Fiktion vieler biologischer Geschlechter hilft da gar nicht.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.